

Die Energiewende steckt in der Sackgasse*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 19. Juni 2022

=====

*Fritz Vahrenholt **

Die dramatischen Anstiege bei den Energiekosten ärgern Verbraucher und Industrie gleichermaßen.

Doch sie sind nicht die einzige Folge einer fahrlässigen Energiepolitik.

Vor allem die Versorgungssicherheit rückt nun in den Fokus.

=====

Der Krieg in der Ukraine hat uns allen vor Augen geführt, wie fahrlässig die deutsche Energiepolitik in den letzten zwölf Jahren betrieben wurde. Doch schon vor dem Krieg manifestierten sich die Fehler in steigenden Preisen und in Defiziten in der Versorgungssicherheit. Allein seit Mitte des Jahres 2021 stiegen die Preise für Erdgas massiv an, bis Dezember 2021 vervierfachten sie sich. In der Folge hat sich auch der Strompreis vervielfältigt, denn immer mehr Gaskraftwerke mussten für die stillgelegten 20.000 Megawatt-Kohlekraftwerke in Europa und 20.000 Megawatt-Kernkraftwerke in Deutschland einspringen.

Schon bei der Durchführung des Doppelausstiegs aus Kohle und Kernenergie in der Ära Merkel war klar, dass der Ersatz der gesicherten Leistung der konventionellen Kraftwerke nur durch einen erheblichen Import von Erdgas gewährleistet werden könnte. Die neue Ampelkoalition verstärkte diese Erdgasabhängigkeit sogar noch, indem sie in ihrem Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 einen forcierten Ausbau von Wind- und Solarenergie ankündigte. Denn auch dieser löst das Problem der Volatilität der Erneuerbaren Energieerzeugung nicht: Wind steht eben nur mit 25 Prozent der Vollaststundenzahl des Jahres zur Verfügung, Sonne nur zu etwa zehn Prozent des Jahres. Daher hatte der Koalitionsvertrag folgerichtig einen massiven Ausbau von bis zu fünfzig neuen Gaskraftwerken vorgesehen, die über die Nord-Stream-2-Pipeline gespeist werden sollten. Der durch Bundeskanzler Olaf Scholz zu Beginn des Ukrainekriegs verhängte Stopp von Nord Stream 2 hat somit eine tragende Säule der deutschen Energiewende eingerissen.

Preistreiber „Greenflation“

Inzwischen wird immer offensichtlicher, wie dramatisch die Verteuerung von Energie die privaten Haushalte und vor allem die mittelständische Industrie belastet. Doch bei den Ursachen kommt man meistens nicht auf des Pudels Kern. Der bedeutendste Preistreiber sind die europäischen Emissionszertifikate, die sich auf über 90 Euro je Tonne CO2 katapultierten. Allein durch die politisch gewollte Verknappung und Verteuerung der CO2-Zertifikate haben sich die Strompreise verdoppelt bis verdreifacht. Der Ukrainekrieg hat die Situation also nur noch weiter verschärft.

Die Bundesregierung ist nun auf dem Boden der Realität angekommen. Zwar gibt es immer noch genug Märchenerzähler wie den Bundesverband WindEnergie, der Windkraft als Lösung zur Unabhängigkeit von Russland anpreist, oder die Deutsche Umwelthilfe, die gerade gegen den Braunkohletagebau Jänschwalde klagt. Doch ist die Lage genau andersherum:

Jeder weitere Ausbau mit schwankenden Windkraftanlagen erhöht die Notwendigkeit von Backup-Kraftwerken, solange Speicher nicht zur Verfügung stehen.

Wirtschaftsminister Robert Habeck scheinen diese Zusammenhänge mittlerweile klar geworden zu sein, immerhin schließt er nicht mehr aus, dass Kohlekraftwerke in Deutschland länger laufen könnten. Einer Laufzeitverlängerung der noch verbliebenen Kernkraftwerke erteilte er allerdings eine Absage. Das wäre nicht verantwortbar, assistierte die grüne Umweltministerin Steffi Lemke.

Fest steht, dass die Stilllegung der letzten Kernkraftwerke und weiterer Kohlekraftwerke die Sicherheit der Stromversorgung weiter belasten wird. Schon heute wird regelmäßig bei schwacher Wind- oder Solarstromversorgung Betrieben der Stahlindustrie und der Metallindustrie zeitweilig der Strom abgeschaltet. Immer häufiger muss die Bundesnetzagentur in die Stromversorgung eingreifen, um das Stromnetz nicht zusammenbrechen zu lassen.

Wie groß die Herausforderung ist, zeigt ein Blick auf die Quellen der deutschen Energieversorgung. Danach **leisteten im Jahr 2021 Wind und Sonnenenergie gerade einmal 5,1 Prozent der gesamten deutschen Energieversorgung (Strom, Wärme, Mobilität)**. Dass nun Wind- und Solarenergie ohne Rücksicht auf die Natur massiv ausgebaut werden sollen, hilft da wenig. Selbst eine Vervierfachung der Wind- und Sonnenenergieanlagen wird allenfalls ein Viertel der Energieversorgung abdecken.

Was fehlt ist das Eingeständnis, dass die Energiewende undurchführbar geworden ist.

Schon vor dem Ukrainekrieg hatte Deutschland die höchsten Strompreise der Welt. Zwar gelingt es mittlerweile, Strom aus Windenergieanlagen und Solaranlagen immer günstiger zu erzeugen. Solarstrom kann hierzulande bereits zu sechs Cent je Kilowattstunde erzeugt werden, Windstrom ebenso. Doch versucht man, den Strom durch Batterie- oder Wasserstoffspeicher der Nachfrage entsprechend zu liefern, verdreifacht sich der Preis. Denn auf dem Wege von grünem Strom über die Elektrolyse, Zwischenspeicherung und Wiederverstromung in einem Kraftwerk gehen drei Viertel der eingesetzten Energie verloren. Zu diesen Konditionen ist keine industrielle Produktion wettbewerbsfähig.

Kehrtwende von einem Irrweg

Es ist also höchste Zeit, sich neben der ökologischen Frage auch den zwei anderen Säulen einer nachhaltigen Energieversorgung zu widmen: der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit. Der Ausstieg aus der heimischen Braunkohle – „idealerweise 2030“ (Koalitionsvertrag) – wird sich ohne russisches Erdgas nicht realisieren lassen. Wer sich von der russischen Abhängigkeit lösen möchte, kommt an drei Alternativen nicht vorbei:

- die Fortführung und Erweiterung der Nutzung der heimischen Braunkohle, idealerweise mit der in Deutschland entwickelten CO2-Abscheidung,
- die Nutzung der bis zu 2300 Milliarden Kubikmeter Schiefergas in Norddeutschland und unter der Nordsee,
- die Fortsetzung der Nutzung der Kernenergie und die Reaktivierung der Ende des vergangenen Jahres stillgelegten Kernkraftwerke.

Nach dem Reaktorunfall in Fukushima 2011 in Japan gab es ein einziges Land auf der Welt, das daraufhin einen Ausstieg aus der Kernenergie beschloss: Deutschland. Es war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die in einer Kurzschlussreaktion vier Tage nach dem Störfall erklärte, dass die ältesten acht Kernkraftwerke abgestellt werden sollten.

Trotz des Unfalls von Fukushima, der in Deutschland laut Reaktorsicherheitskommission niemals hätte passieren können, kamen alle anderen Kernenergieländer der Welt zu anderen Schlussfolgerungen. Spanien, Belgien, Schweiz, USA und Schweden verlängerten die Laufzeit ihrer Kernkraftwerke. Holland und Polen planen den Einstieg in die Kerntechnik. Auch Schweden, das in den 1980er Jahren beschlossen hatte, bis 2000 alle Kernkraftwerke zu schließen, hat mittlerweile den Betrieb einzelner Kraftwerke bis 2040 erlaubt. Sogar der Ersatz bestehender Kernkraftwerke ist dort nunmehr möglich.

In Deutschland war die Laufzeitverlängerung ein halbes Jahr vor dem Ausstiegsbeschluss ebenfalls erfolgt: Im Herbst 2010 beschloss der Deutsche Bundestag eine Verlängerung der Laufzeiten um acht

Betriebsjahre für ältere Kraftwerke und um 14 Jahre für jüngere Kraftwerke. Danach wäre Brokdorf im Jahre 2036 vom Netz gegangen. Noch 2008 sagte Bundeskanzlerin **Merkel** :

„Ich halte es nicht für sinnvoll, dass ausgerechnet das Land mit den sichersten Atomkraftwerken die friedliche Nutzung der Kernenergie einstellt.“

Die Folgeschäden der Fehlentscheidung der Kanzlerin und des Deutschen Bundestages von 2011 für den Wohlstand Deutschlands sind immens. Denn in der Regierungserklärung von 2009 hatte die CDU-FDP-Koalition das Ziel der Vorgängerregierung einer 40-prozentigen CO₂-Minderung bis 2020 übernommen. Ein Großteil der durch den Ausstieg wegfällenden CO₂-freien Stromproduktion musste nun durch Kohle- und Braunkohlekraftwerke ersetzt werden.

Um die CO₂-Ziele trotz Kernenergieausstiegs dennoch einzuhalten, mussten andere Bereiche herangezogen werden wie der Verkehr, die Wärmeversorgung und die Landwirtschaft, die mit weiteren CO₂-Einsparvorgaben belastet wurden. Am Ende wurde sogar der Verbrennungsmotor geopfert, eine Schlüsseltechnologie Deutschlands.

Eine neue Kerntechnikgeneration

Mit der Stilllegung der Kernkraftwerke rückt auch das Problem der radioaktiven Rückstände in den abgebrannten Brennelementen, die in zwölf Zwischenlagern neben den Kernkraftwerken aufbewahrt werden, wieder in den Fokus. Eine neue Generation von Kerntechnologien, die inhärent sicher sind und das Endlagerproblem auflösen, wird weltweit entwickelt – nur nicht in Deutschland. Denn die bis 2011 gültige Zweckbestimmung des Atomgesetzes, die Erforschung der Nutzung der Kernenergie zu fördern, wurde ersatzlos gestrichen.

Die Kerntechnik der IV. Generation, an der weltweit geforscht wird, arbeitet überwiegend mit schnellen Neutronen. Sie sind in der Lage, auch nicht spaltbare Atomkerne durch Neutroneneinfang zu spaltbaren zu machen. Damit wäre das Problem der Reichweite gelöst, denn herkömmliche Reaktoren nutzen lediglich fünf Prozent des Urans durch Kernspaltung.

Zugleich wird aber auch das Problem des Atomabfalls gelöst, denn dieser kann als Ausgangsstoff eingesetzt werden. Selbst wenn es nicht um die kostengünstige CO₂-freie Stromerzeugung durch Kernenergie ginge, müsste sich Deutschland mit dieser Technologie befassen, denn sie sichert die Umwandlung der über Zehntausende von Jahren langlebigen Rückstände in Stoffe, die bereits nach einigen hundert Jahren als abgeklungen gelten.

Ein neues Konzept der IV. Generation ist auch der Dual-Fluid-Reaktor (DFR). Er wurde als privates Projekt von Kernphysikern aus Deutschland ohne staatliche Zuschüsse entwickelt und hat mittlerweile weltweit Patente. Die Beschreibung des Reaktors durch die Erfinder liest sich wie

die Beschreibung des Steins der Weisen:

- Der DFR erzeugt wie die meisten Konzepte der IV. Generation keinen langlebigen Atommüll. Im Gegenteil, er baut bestehenden Atommüll ab.
- Die Energieeffizienz ist etwa 1000 Mal so groß wie bei Stromerzeugungen auf Basis Erneuerbarer Energien.
- Das Kraftwerk ist inhärent sicher.
- Die Erzeugungskosten für Strom sollen für ein Großkraftwerk von 1500 Megawatt elektrischer Leistung bei einem Cent pro Kilowattstunde liegen.

Die Patentinhaber, die sich im privaten Institut für Festkörper-Kernphysik in Berlin organisiert haben, haben ihre Zelte mittlerweile in Vancouver in Kanada aufgeschlagen.

Nun ist die Politik gefragt

Je mehr die desaströsen Unzulänglichkeiten der Energiewende auf Wind- und Solarbasis in den nächsten Jahren zutage treten werden, umso mehr sollte in Deutschland die Offenheit kluger politischer Köpfe wachsen, sich mit einem neuen, sicheren Kapitel der Kernenergie zu beschäftigen.

Ganz dringlich ist aber die Entscheidung, die noch drei bestehenden und die drei gerade geschlossenen Kernkraftwerke fortzuführen. Zusammen würde dadurch so viel Strom produziert wie alle Solaranlagen in Deutschland – und das bedarfsgerecht sowie zu einem Bruchteil der Kosten.

Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die Grünen – die in der Bundesregierung wichtige Schlüsselpositionen innehaben – einen solchen Schritt gehen werden. Damit übernehmen sie aber auch die politische Verantwortung für den Zusammenbruch der Stromversorgung in den nächsten Jahren.

=====

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt war von 1991 bis 1997 Umwelt senator der Freien und Hansestadt Hamburg und anschließend Mitglied im Vorstand der Deutschen Shell sowie Vorstandsvorsitzender der REpower Systems und der RWE Innogy. Seit 1998 ist er Honorarprofessor an der Universität Hamburg. Zu seinen Schriften gehört „Unerwünschte Wahrheiten. Was Sie über den Klimawandel wissen sollten“ (mit Sebastian Lüning, Langen Müller 2020).
vahrenholt.net

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 17. Juni 2022, S.3; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Fritz Vahrenholz** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

Grüner Albtraum*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 19. Juni 2022

*Christoph Mörgeli und Beat Gygi (Red. WELTWOCHER Zürich)**

Der «Klimaplan» der Schweizer Umweltschützer ist linksextrem und diktatorisch.

Eine Umsetzung wäre eine Katastrophe für Wohlstand, Markt und Gesellschaft.

Wieder einmal auf der breiten Ausfallstrasse in Zürich stadtauswärts geschlichen, mit Tempo dreissig, wie seit kurzem befohlen. Die rot-grünen Regierungen in den Schweizer Städten mischen sich immer konkreter ins Alltagsleben ein. Und ins Geschäftsleben, in die Wirtschaft. Dass der private Motorfahrzeugverkehr derart ins Visier der autofeindlichen Verwaltungen geraten ist, zählt heute zu den Hauptsorgen des Gewerbes in den Agglomerationen. Für Handwerker und Lieferanten wird es zunehmend mühsamer und teurer, zu ihren Kunden zu fahren, und Läden in grossen Teilen der Städte verlieren einen Teil ihrer traditionellen Kundschaft.

Es sind nicht nur verengte oder geschlossene Strassen sowie Verkehrsverzögerungen durch raffiniert getaktete rote Ampeln, sondern vor allem auch der laufende Abbau von Parkplätzen, die der Wirtschaft das Leben schwermachen. In Basel sind es zwei Strassen, an denen ein paar Dutzend Parkplätze aufgehoben werden, in Zürich steht die Sihlpost, die einzige dauerhaft geöffnete Post weit und breit, jetzt praktisch ohne Parkplätze da. Sollen die Geschäftsleute doch mit dem Tram kommen, paketbeladen. Vieles läuft in diesen Städten schon so, wie es im Rezeptbuch der Grünen steht.

Spielarten der Enteignung

Zum Glück noch nicht alles. Würde der Plan für eine «klimapositive Schweiz» der Grünen Partei wirklich ernst genommen, müssten die Verantwortungsträger in Politik und Wirtschaft die Bevölkerung zu höchster Alarmbereitschaft aufrufen. Denn die Bürger, ja sogar die Wähler der Grünen dürften sich nicht im Klaren darüber sein, welche Forderungen dieses vierzigseitige Papier enthält. Bei der Verkehrspolitik etwa tönt es so: «An erster Stelle steht für die Grünen die Verkehrsvermeidung.» Genau so, wie es sich jetzt in Zürich, Basel und Bern abzeichnet.

Ausgenommen ist lediglich der öffentliche Verkehr sowie jener von Fussgängern und Velos («sanfte Mobilität»). Ab nächstem Jahr wären nach Wunsch der Grünen Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb verboten. Ebenso der Import und Verkauf von Geländewagen von über zwei Tonnen. In den Agglomerationen müssten die gefahrenen Autokilometer halbiert werden. Innerorts herrschte überall Maximaltempo dreissig, auf den Autobahnen hundert. Wörtlich steht im Forderungskatalog der Grünen Partei: «Das Personenauto muss vom privaten Prestigeobjekt zum jederzeit verfügbaren Transportmittel in Gemeinbesitz werden.» Also nicht nur der Individualverkehr, sondern auch das Individualeigentum wird bekämpft. Das alles sind Spielarten der Enteignung.

Das gilt auch für Eigentumsrechte an Immobilien. Bau- und Siedlungszonen sollen reduziert werden, ohne dass das grüne Grundsatzpapier ein Wort über die Zuwanderungs- und Asylpolitik oder die Personenfreizügigkeit mit der EU verliert – ausser dass sozialpolitische Verträglichkeit wohl die Bodenpreise deckeln soll. Pro Person und Jahr wäre nur noch ein Flug erlaubt. Die Finanzmittel müssen von der Strasse auf die Schiene umgeleitet werden. Orte, die mit der Bahn innert acht Stunden erreicht werden können, dürfen nicht mehr angeflogen werden.

Jede Werbung für klima- oder gesundheitsschädigende Produkte ist verboten. Sämtliche «klimafreundlichen» Zwangsmassnahmen sollen selbstverständlich die soziale Sicherheit, die Renten und die Höhe der Löhne in keiner Weise gefährden. Und die befohlenen Massnahmen an den Gebäuden dürfen unter keinen Umständen zu einem «Verlust von bezahlbaren Wohnungen» führen – also: Märkte dürfen nicht spielen. Eine «Klimabank» hat die notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen.

Die Grüne Partei verachtet alles, was mit wirtschaftlich-schöpferischem Antrieb zu tun hat.

Weil auch die Informationstechnologie unseren Planeten belastet, ist eine «digitale Mässigung» angesagt. Konsum und Produktion von Fleisch müssen «stark reduziert» werden. Zement und Beton sind wegen des Energieaufwands Teufelszeug, gibt es doch Baustoffe wie «Holz, Lehm, Ziegelsteine». Die gesamte Stromproduktion muss bis 2035 «erneuerbar» sein. Neben der Wasserkraft – Staudämme aber bitte nicht auf Kosten der «Flussökosysteme»! – liefere diese zu fast einem Drittels die Sonnenenergie. Eine Nutzung von CO₂-freier Atomkraft dagegen bleibt für die Grünen ein Tabu.

Die verhängnisvolle Schrift der Grünen Partei Schweiz über die «Klimakatastrophe» und die davon abgeleiteten Forderungen stammt aus dem Jahr 2021, wobei der Zürcher Nationalrat Bastien Girod der bekannteste Autor ist. Auch die Genfer Nationalrätin Delphine Klopfenstein Broggini sowie ihr Amtskollege Kurt Egger aus dem Thurgauischen, der Berner Grossrat Jan Remund und Urs Scheuss, stellvertretender Generalsekretär der Grünen, haben am Papier mitgeschrieben. Beflügelt von ihrem Erfolg bei den nationalen Wahlen vom Herbst 2019, erhob dieses Autorenkollektiv mit nachfolgender Unterstützung der Delegierten einen ganzen Strauss von Maximalforderungen. Ziel sei eine «klimapositive» Schweiz ab 2040, die im In- und Ausland netto zur Reduktion der Emissionen in der Atmosphäre beiträgt.

Besonders einschneidend sind die Forderungen nach einem «grundlegenden Wandel» in Wirtschaft und Gesellschaft, nach drastischen Staatseingriffen. Es gehe um nicht weniger als die «historische Verantwortung an der globalen Klimaerwärmung» unseres Landes. Diese Verantwortung besteht bekanntlich aus einem Tausendstel des weltweiten menschengemachten CO₂-Ausstosses, global irrelevant. Nur würde diese Erkenntnis auch die Grünen und deren Politik irrelevant machen. Grüne Politik heisst immer mehr Auflagen für Gebäude und Fahrzeuge, staatlich befohlene Beratungen, eine Bürokratisierung von allem, was mit Energieanwendungen zusammenhängt, und Hunderttausende schikanierte KMU.

Unser Finanzplatz wird wegen des Rohstoffhandels für 2 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich gemacht. Beim Abbau seltener Metalle sehen die Grünen nichts als «verbrecherische Praktiken», «Morde», «Vergewaltigungen» oder «Kinderzwangsarbeit». Kein Wort davon, dass die Rohstofffirmen in der Dritten Welt für Arbeitsplätze, mehr Wohlstand, Bildung und Gesundheit sorgen. Den Finanzinstituten und Pensionskassen ist selbstverständlich vorzuschreiben, wie sie «nachhaltig» und klimafreundlich investieren sollen. Der Bundesrat komme mit seinem Vorschlag von «netto null» CO₂-Ausstoss etwa fünfzehn Jahre zu spät.

Das Papier der Grünen verschweigt, dass schon die Temperaturen der vorindustriellen Zeit starken Schwankungen unterworfen waren und das heutige Wärmeniveau erheblich übertroffen haben. Die heutige Erwärmung

ist im Rückblick auf die zurückliegenden Tausenden von Jahren weder einzigartig noch dramatisch. Der Bericht instrumentalisiert extreme Wetterereignisse, zeichnet die Apokalypse aus Wassermangel, Migration, Wirtschaftskrisen und Kriegen. Dabei ist die Bedeutung des Klimawandels für die Migrantenströme absolut nicht nachgewiesen. Dieser Alarmismus wird begleitet vom erheiternden Satz: «Wir wollen keine Katastrophen-Rhetorik betreiben.»

In einem hat die Partei recht

Die Grüne Partei verachtet alles, was mit wirtschaftlich-schöpferischem Antrieb zu tun hat, und will vor allem Genügsamkeit, Einschränkung, Gürtel eng schnallen. Wohlstand soll nicht mit materiellem Besitz und Bruttoinlandprodukt in Verbindung gebracht werden. Angesagt seien Bescheidenheit und Gerechtigkeit, um das Ende des Erdölzeitalters, der konsumorientierten Gesellschaft, des ständigen Wirtschaftswachstums und des individuellen Profits einzuläuten. Unsere Leistungsgesellschaft sei klimaschädigend, besser sei Teilzeitarbeit und dafür «mehr Freizeit, Kreativität, ziviles Engagement und soziale Kontakte».

Statt in den Konsum müsse das Geld in den Klimaschutz gesteckt werden. Woher die Mittel und der technische Fortschritt bei der grünen Forderung nach «drastischer Reduktion der Arbeitszeit» bei «30 Stunden pro Woche und Person» kommen sollen, bleibt ein Geheimnis. Sollten die Schweizer nicht sofort ihren Konsum zugunsten des Klimaschutzes reduzieren, würden sie eben künftig ihren Lebensstandard massiv senken müssen: «Faktisch können wir sozusagen wählen zwischen selbstbestimmter und künftiger erzwungener Suffizienz [Nachhaltigkeit].» Grünes Nullsummenspiel statt erfinderischer Entwicklung.

Zur Klimakrise gesellt sich laut den Grünen eine Gesundheitskrise – obwohl die Menschen noch nie so alt und die medizinische Versorgung noch nie so perfekt war wie heute. In einem hat die Partei allerdings recht: Die konkrete Umsetzung ihrer Forderungen hätte einen massiven Wohlstandseinbruch zur Folge.

=====

) Anmerkung der EIKE-Redaktion :*

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, 12. Mai 2022, S.28-29 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und den Autoren **Beat Gygi und Christoph Mörgeli** für die Gestaltung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.

Die Standardmeinung*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 19. Juni 2022

Beat Gygi (Red. WELTWOCHE Zürich)*

Mit seinen Berichten kanalisiert der Weltklimarat die weltweite Diskussion in Klimafragen.

Die Kritik an der Auswahl der Wissenschaftler und Themen wird lauter.

Die grossen Uno-Klimaberichte kommen jeweils im Dreierpack daher.

Gerade eben wurde die sechste Tranche abgeschlossen: Anfang April erschien der dritte Band des sechsten Sachstandsberichts des Uno-Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC). Auf gut 2900 Seiten beschreiben die Autoren da Massnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen und Anpassung von Gesellschaft und Wirtschaft an den Klimawandel. Noch umfangreicher ist der zweite Band, der im Februar veröffentlicht wurde: Auf fast 3700 Seiten malen die Wissenschaftler Gefahren und mögliche Schäden infolge des Klimawandels aus: Stürme, Dürre, Überschwemmungen, Zerstörung von Ökosystemen, Hitze, Kälte und so weiter.

Der dickste Wälzer mit fast 4000 Seiten war Teil eins, publiziert im August 2021. Darin werden die physikalischen Grundlagen ausgebreitet, darunter all die Klimamodelle, mit denen die Wissenschaftler die Erderwärmung prognostizieren.

Dieser Bericht enthält die steil ansteigenden Temperaturkurven, die Klimaaktivisten als gesicherte Vorhersage und Kritiker als unsolid einstufen.

Diese Auseinandersetzung ist Thema des folgenden Artikels von *Patrick J. Michaels*.

Die wenigsten werden jedoch die ganzen dicken Berichte lesen. Der Klimarat liefert deshalb immer auch eine «*Zusammenfassung für Politiker*» mit, die allerdings nicht nur eine Zusammenfassung ist, sondern auch eine **propagandagerechte Dramatisierung, Zuspitzung und Verzerrung der Originalberichte.**

Zudem rufen Uno-Funktionäre an den Medienkonferenzen mit tragischer Mine ins Publikum, wie schlimm alles sei – von einem Atlas des menschlichen Leids sprach Uno-Generalsekretär António Guterres.

Wie kommen die Berichte des Weltklimarats überhaupt zustande, die er selber als «Goldstandard» für Politiker aus aller Welt bezeichnet?

Ein Insider, der aus beruflichen Gründen ungenannt bleiben will, erklärt die Arbeitsweise dieses Ausschusses wie folgt :

Das wichtigste Steuerungsgremium ist der IPCC-Vorstand (IPCC Bureau), der aus 34 Personen besteht und von politischen Vertretern der 195 Mitgliedsstaaten gewählt wird. **Die oberste Führungsebene wird also politisch, nicht wissenschaftlich bestimmt.**

Dass **die Umweltministerien vieler Länder grün geprägt** und der Grossteil der IPCC-Staaten Gelder aus dem Grünen Klimafonds der Uno erhalten, **färbt auf die Zusammensetzung und die Interessenlage des Gremiums ab.** Dieser IPCC-Vorstand sodann wählt die leitenden Berichtsautoren. Damit entscheidet er bereits über die inhaltliche Richtung der Berichte. Selbst wenn sich unter den Autorenbewerbungen Denkrichtungen eines breiten Meinungsspektrums befinden, kann der **Vorstand bestimmte Ansichten fördern, andere unterdrücken.**

Laut Schilderungen Involvierter gibt es zwar Diversität bei Geschlecht und regionaler Herkunft, aber nicht bezüglich Meinungsspektrum in der Klimadiskussion: Kritiker der Alarmlinie würden ausgegrenzt. Und sollten sie unerwarteterweise doch in der Autorenschaft sein, ständen sie ziemlich isoliert da.

Abwehr externer Kritik

Unter den IPCC-Autoren gebe es zahlreiche Vertreter aus Klimaaktivistengruppierungen wie WWF und Greenpeace. Berichtsautoren aus der Industrie seien hingegen selten. Auch beim sechsten Klimasachstandsbericht gebe es etliche Klimaaktivisten als Autoren, darunter Mitarbeiter des Berliner Think-Tanks Climate Analytics, der etwa Zuwendungen von Greenpeace und der European Climate Foundation erhalte.

Und wie steht es um die fachliche Begutachtung durch Experten von aussen? Beteiligte berichten, Gutachter könne zwar jeder werden, der in einem klimawissenschaftlich relevanten Bereich formal publiziert habe. **Die kritischen Gutachterhinweise würden aber meist nicht beachtet, so komme kein wirksamer Dialog auf.**

Roger Pielke Jr. vom Cires-Umweltinstitut in Boulder, Colorado, bemängelte etwa, all seine Gutachterkommentare seien ohne Nennung trifftiger Gründe ignoriert worden.

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion :*

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN GRÜN Zürich : | Die Weltwoche, 14. April 2022, S.6 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungetkürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.

=====

Die Wirklichkeit ist besser als die Modelle*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 19. Juni 2022

=====

*Redaktion WELTWOCHEN GRÜN (Editorial 21.04.2022)**

Vor kurzem kam der letzte Teil des sechsten grossen Berichts des Uno-Weltklimarats heraus.

Wie immer bei der Verkündigung der offiziellen Befunde zu Erderwärmung, Folgen und Massnahmen

schlagen die Funktionäre Alarm:

=====

Wie immer bei der Verkündigung der offiziellen Befunde zu Erderwärmung, Folgen und Massnahmen schlagen die Funktionäre Alarm:

Um die Welt stehe es schlecht, es bleibe nicht mehr viel Zeit fürs Retten. Die Folgen sind gravierend. Viele Politiker spielen mit der Idee des Klimanotstands, Psychotherapien wegen Klimaangst sind schon verbreitet.

Dabei fehlt dem Alarmismus die Grundlage,

das zeigen die Beiträge in diesem Heft. Fachleute, welche die Berichte eingehend studiert haben und nicht dem Aktivismus verpflichtet sind, sehen es nüchtern. Der erfahrene amerikanische Umweltwissenschaftler Patrick J. Michaels legt hier dar, wie die offiziell eingebundenen Forscher mit ihren Prognosemodellen für die Klimaentwicklung umgehen. Er verweist auf den brisanten Umstand, dass die Modelle dieser Wissenschaftler beim Simulieren der Erderwärmung alle zu hohe bis viel zu hohe Temperaturwerte voraussagen.

Und es gibt keinen Korrekturmechanismus, denn von den gut hundert Modellen wird nicht das beste ausgewählt, sondern einfach der Durchschnitt genommen, und dieser gilt dann als offizielle Klimaprognose.

Wenn alle zu hoch liegen, liegt auch der Durchschnitt zu hoch – weit über den gemessenen Temperaturen und damit weg von der Wirklichkeit, die in viel besserem Zustand ist, als behauptet wird.

Der deutsche Wissenschaftsjournalist Axel Bojanowski schildert im Interview seine Erfahrungen mit Klimadebatten, die sich seiner Ansicht nach von der Wissenschaft abgekoppelt haben und stark mit Moralvorstellungen vermengt werden. Wer auf Fakten setze, habe oft einen schweren Stand.

Neue Baustoffe

Zu den Fakten zählt, dass das Inselparadies Malediven entgegen den gängigen Prognosen nicht versinkt, sondern am Wachsen ist, wie hier dargelegt wird. Und in Unternehmen gehören Fakten und Nüchternheit zur Grundlage für Investitionen und Innovationen, die Natur und Umwelt verbessern. Plus Freiheit, wie Olivier Kessler, Direktor des Liberalen Instituts, schreibt.

Der Unternehmer Felix Iseli hat Bauelemente entwickelt, die aus Holz, Bambus und Altpapier bestehen und statisch so stark sind, dass sie Beton ersetzen können. Die Leichtbauweise, wie sie in Flugzeug- und

Fahrzeugindustrie üblich ist, kann auch im Bau einen Eroberungszug antreten. Zudem stellen Holz und Bambus CO₂-Senken dar, sie lagern Treibhausgas ein, dies in grellem Kontrast zu Stahl und Zement.

Ihre Weltwoche

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in „WELTWOCHEN GRÜN“, Zürich : | 21.04.2022 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN GRÜN für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.

Wind ist eine begrenzte Ressource*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 19. Juni 2022

*Dagmar Jestrzemski (Red. PAZ)**

Windkraftanlagen : Jede zusätzlich betriebene Anlage mindert den Wind. Das hat negative Folgen nicht nur für die Wirtschaftlichkeit der bereits vorhandenen Anlagen, sondern auch für das Wetter. Die Folgen der Abschöpfung dieser Energie zur Stromgewinnung aus der Atmosphäre sind schwerwiegend.

Nur Wind- und Sonnenenergie seien kostenlos, verkündete kürzlich zum wiederholten Mal Wirtschaftsminister Robert Habeck. Das würde stimmen – wenn man darauf verzichtet hätte, diese Energien zur Stromgewinnung aus der Atmosphäre abzuschöpfen.

Bleiben wir an dieser Stelle bei der Windenergie. 2021 ist die Windenergie-Leistung im Vergleich zu 2020 um 14,5 Prozent

zurückgegangen. Dies zeigen auch die Karten vom Umweltbundesamt und des Fraunhofer ISE. Europaweit haben die Windgeschwindigkeiten weiter abgenommen, während die Dauer der Schwachwindzeiten zugenommen hat. Minister Habeck sollte endlich mit diesen Tatsachen umgehen: Wenn kinetische Energie (Bewegungsenergie) wie in einem Goldrausch in immer größerem Umfang abgeschöpft wird, wird es furchtbar teuer: für Menschen in der Nachbarschaft als direkt Betroffene, für die Stromkunden, für unsere Wälder und Landschaften, für die Vogel- und Insektenwelt, für unsere kostbare Artenvielfalt, für die Meeresumwelt. Obendrein entstehen Kosten, die nicht zu beziffern sind, weil wir durch den fortgesetzten exponentiellen Entzug von kinetischer Energie den Klimawandel ständig anheizen, anstatt ihn, wie noch immer erhofft, möglichst einzudämmen.

In Deutschland findet im Verhältnis zur Land- und zur Seefläche permanent der weltweit stärkste Entzug von kinetischer Energie statt, und auf der Weltkarte des Klimarisiko-Indexes von Germanwatch für 2000 bis 2019 ist das Land hoch oben auf Platz 18 zu finden – als einziges europäisches Land mit roter Farbe gekennzeichnet, wie Indien, Madagaskar und der Iran. Als nächstes europäisches Land folgt Österreich erst auf Platz 43. Wer die alarmierenden Studien über die meteorologischen Auswirkungen der Windenergie-Nutzung ernst nimmt und sie nicht ausblendet wie unsere verantwortlichen Politiker, wundert sich nicht darüber.

Mehr Windräder, weniger Wind

Der renommierte Harvard-Physiker David W. Keith hat 2018 zusammen mit seinem Kollegen Lee Miller eine viel beachtete (und von der Windindustrie stark angefeindete) Studie mit dem Titel „Klimaeffekte durch Windenergie“ veröffentlicht. Miller und Keith fanden einen je nach Ausbaustufe zunehmenden Temperaturanstieg durch Windparks heraus. Demnach hätte eine Komplettversorgung der USA mit Windstrom zur Deckung des damaligen US-Bedarfs zur Folge, dass sich die Durchschnittstemperatur des Landes um $0,24^{\circ}\text{C}$ erhöhen würde. Auf Deutschland übertragen, wo im Verhältnis zur Landfläche die weltweit größte Konzentration von Windparks entstanden ist, wäre demnach der errechnete Erwärmungseffekt um $0,24^{\circ}\text{C}$ allein durch die Windräder an Land bereits 2018 eingetreten, als ein Fünftel des Strombedarfs aus Windenergie gewonnen wurde. Keith forderte die Regierungen aller Länder auf, die Bürger über die mit der Windkraft einhergehenden Umwelt- und Klimaauswirkungen zu informieren. Bekanntlich ist das nicht geschehen.

Der Entzug von kinetischer Energie auf hohem Niveau bedroht unsere existenziellen Lebensgrundlagen je länger, desto stärker. Kürzlich wurde berechnet, dass in Deutschland durch die Windenergie-Nutzung jährlich Energie eines Quantum von 700 Hiroshima-Atombomben aus der Grenzschicht der Atmosphäre (vom Boden bis 2000 Meter Höhe) entzogen wird.

Wo Wind fehlt, fehlt Regen

Im Land der Erfinder und Ingenieure hat vor zwei Jahrzehnten eine neue Politikergeneration nassforsch das älteste Wissen der Menschheit ausrangiert: Wind bringt Wetterwechsel und Regen. Doch davon erhalten große Teile Deutschlands seit Jahren immer weniger. Besonders betroffen sind der früher regenreiche Norden, der Westen und der Osten Deutschlands. Im Schnitt sank der Grundwasserspiegel seit der Jahrtausendwende um ein Viertel. Gleichzeitig nahmen die Windgeschwindigkeiten kontinuierlich ab. Die ständige Rede vom Klimawandel als Alleinursache für diese bedrohliche Entwicklung hat offenbar den gesunden Menschenverstand gekillt, verhindert sie doch fatalerweise die naheliegende Schlussfolgerung, dass der starke Windenergie-Entzug als Ursache oder Teilursache der allgemeinen Windberuhigung überhaupt in die Diskussion kommt.

Die Öffentlichkeit ahnt daher nichts von den Sorgen der Fachwelt und der EU-Kommission wegen des Phänomens „Stilling“. An nahezu allen Windmessstationen in den mittleren nördlichen Breiten und zunehmend global werden seit rund zwei Jahrzehnten abnehmende Windgeschwindigkeiten gemessen. Die EU hat 2016 ein Großforschungsprogramm zur Suche nach möglichen Ursachen für das Stilling aufgelegt, wobei jedoch der windberuhigende Effekt durch die (wirtschaftspolitisch fest eingeplante) fortschreitende Windenergienutzung außerhalb der Betrachtung blieb, trotz der auffälligen Parallelität: Erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten wurde die Windenergie massiv ausgebaut, laut „Global Wind Report 2018“ von weltweit etwa 24 Gigawatt im Jahr 2001 auf rund 591 Gigawatt 2018. Die Analysen des emeritierten Professors Gerhard Kramm von der Fairbanks-Universität, Alaska, bestätigen:

„Die Flüsse von sensibler und latenter Wärme, die am Energieumsatz an der Grenzfläche Erde-Atmosphäre wesentlich beteiligt sind, hängen auch von der Windscherung in Oberflächennähe ab. Durch den Entzug der kinetischen Energie des Windfeldes zur Stromerzeugung wird die Energieumwandlung an der Grenzfläche Land-Atmosphäre sowie die Wolken- und Niederschlagsbildung beeinflusst, was letztlich zu einem lokalen bis regionalen Klimawandel führt, je nach Größe der sogenannten Windkraftanlage. Außerdem kommt es zur Dissipation von kinetischer Energie in Wärme. Auch die ‚Physics Today‘ berichtete jüngst über ‚The warmth of wind power‘.“

Kramm ist eine international anerkannte Koryphäe auf dem Gebiet der Atmosphärenphysik, in Fragen des Nutzwerts sowie der meteorologischen Auswirkungen von Windkraftanlagen.

Ignoranz der Mächtigen

Mehrfach habe ich die Generaldirektorin Energie der EU-Kommission auf den offenkundigen Zusammenhang zwischen dem Stilling und dem exponentiellen Windenergie-Entzug aufmerksam gemacht, der mit wochenlangen Dürren und Extremwetterereignissen in Deutschland und

Nordwesteuropa einhergeht. Ich schlug ein Windkraft-Moratorium und eine Einschätzung der Auswirkung der Windenergie-Nutzung auf die regionalen und globalen Windsysteme durch ein unabhängiges internationales Expertengremium vor. Kürzlich erreichte mich eine E-Mail aus der EU-Kommission mit einer lapidaren Antwort auf mein Anliegen. Ohne auf den sachlichen Hintergrund einzugehen erklärte der Absender Joachim Balke, ein Moratorium komme nicht in Frage. Im Gegenteil bestehe die Notwendigkeit, die Energiewende „auf verantwortungsvolle Weise“ weiter zu beschleunigen.

Undurchsichtige Interessenlage

Der berufliche Hintergrund des Absenders enthüllt ein enges Verhältnis zwischen der EU-Kommission und den großen Energiekonzernen, das misstrauisch macht. Balke war bis 2008 Berater bei E.ON und ist derzeit Mitglied im Kabinett von Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klima und Energie der Europäischen Kommission. Geleakte E-Mail-Korrespondenzen zwischen Balke und dem deutschen Marktgiaganten E.ON deuten auf einen Dauerkontakt beider Seiten hin. Zu diesem Fall äußerte sich Kramm der PAZ gegenüber:

„Offensichtlich ist sich Herr Balke nicht bewusst, was es bedeutet, Fundamente für sechs Megawatt-Windmühlen im Meeresbecken zu verankern, deren Gondelmassen von 400.000 Kilogramm und mehr sich in einer Nabenhöhe von 100 bis 140 Metern über dem Wasserspiegel befinden. Um ein einziges Kernkraftwerk oder Kohlekraftwerk der 1500-Megawatt-Klasse zu ersetzen, sind bei einem Kapazitätsfaktor von 0,4 ... etwa 500 solcher Sechs-Megawatt-Windmühlen erforderlich.“

Es ist bekannt, dass bei der Anlegung solcher Fundamente eine Vielzahl von Meeressäugern krepiert. Dieses wird bewusst in Kauf genommen, so wie das Schreddern kapitaler Vögel durch die Rotorblätter einer Windmühle in Kauf genommen wird. In diesem Zusammenhang von Nachhaltigkeit zu schwadronieren, ist geradezu ekelerregend. Wenn genügend Meeressäuger und kapitale Vögel umgebracht wurden, existiert das Problem nicht mehr, sodass die nachhaltige Entwicklung abgeschlossen ist. Angeblich erfolgt das alles zum Schutze des Klimas.“

„Wind ist eine begrenzte Ressource“, gab im Juni letzten Jahres das Helmholtz-Institut Hereon für Küstenforschung, Geesthacht, als Teilergebnis seines gegenwärtigen Forschungsprojekts bekannt. Warum wurde diese Binsenweisheit erst jetzt mitgeteilt? Die gegenseitige Windabschattung der Windräder eines Windparks ist unter Insidern seit jeher ein Thema. Die neuen, riesigen Anlagen erreichen mit 45 bis 50 Prozent einen noch höheren Wirkungsgrad als die älteren, kleineren Windräder. Offshore-Windparks verändern die Atmosphäre bis zu einer Höhe von 600 Metern. Im Lee der Windräder ist die ausgebremste, turbulente Strömung über dem Meer (Wirbelschleppe) bis zu 100 Kilometer und an Land bis zu 30 Kilometer messbar.

Offenbarungseid der Windbranche

„Signifikante dynamische Änderungen im Windfeld über dem Meer“ hatte bereits 2013 Elke Ludewig, eine Doktorandin am Hamburger Institut für Meeresforschung, festgestellt, genauer: eine Reduzierung der Windgeschwindigkeit bis zu 70 Prozent über einem Meeresgebiet, das 100-mal größer ist als die Windfarmfläche. Ebenfalls wies bereits Ludewig auf signifikante Änderungen der Meereströmungen infolge der vibrierenden Windradtürme hin. Außerdem nimmt der Nutzwert der Windräder mit dem stetigen Zubau von Windparks kontinuierlich ab.

Die Windindustrie weist selbst auf diesen sich fortentwickelnden Faktor hin, wenn sie bekannt gibt: „Windkraftanlagen müssen immer häufiger abgeregelt werden.“ Den Satz kann man als Offenbarungseid der Branche verstehen. Kramm ist mittlerweile pessimistisch. Sein Fazit: „Wer glaubt, mit den sogenannten erneuerbaren Energien das Klima retten zu können, der glaubt wohl auch, dass Erich Honeckers real existierender Sozialismus erfolgreich war.“

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 22. April 2022, S.2; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzemski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; Hervorhebungen im Text: EIKE-Redaktion.

=====